

Politische Bildung durch Experten

Domgymnasium kooperiert mit Gesellschaft für Sicherheitspolitik

FULDA

Die Domgymnasium genannte Rabanus-Maurus-Schule in Fulda hat mit der Gesellschaft für Sicherheitspolitik (GSP) einen Kooperationsvertrag geschlossen. Es soll Vorträge und Exkursionen geben. Ziel dieser Form politischer Bildung ist neben der Ergänzung des Fachunterrichts die Erziehung der Schüler zu mündigen Bürgern.

„Wenn wir aktuelle Entwicklungen in unserer Gesellschaft oder komplexe Zusammenhänge der heutigen globalisierten Welt verstehen wollen, brauchen wir als Lehrkräfte und unsere Schülerschaft besonders der höheren Klassen Kooperationspartner mit ausgewiesener fachlicher Expertise“, sagte Bastian Mi-

chel, Leiter des gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeldes an der Rabanus-Maurus-Schule. Veranstaltungen mit außerschulischen Institutionen und Fachvorträge von Experten als Erweiterungen des Fachunterrichts seien ein „großer Gewinn“.

„Wir als Gesellschaft für Sicherheitspolitik wollen den Schulen ein Partner sein, der mit einem hochqualifizierten Referentenpool und einem großen Veranstaltungsangebot diesen Bedarf mit Schwerpunkt in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Geschichte in besondere Weise unterstützen kann“, fügte der Leiter der GSP-Sektion Fulda, Michael Trost, an.

Expertenvorträge zu „Amerika unter Trump“, China, Fake News und Syrien-Konflikt seien bereits für Schüler der Oberstufe organisiert worden. Vorträge mit Diskussionen so-



Michael Trost (links), Leiter der Fuldaer GSP-Sektion, mit Schulleiter Matthias Höhl. Foto: Schule

wie ein Exkursionsangebot sollen den Politik- und Geschichtsunterricht ergänzen und die Allgemeinbildung der Schüler bereichern.

Ziel der Zusammenarbeit ist es laut Schule, Jugendlichen vor dem Hintergrund zunehmender Konflikte in der Welt ein grundlegendes Verständnis für Außen-, Wirtschafts-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu vermitteln, „damit sie erkennen, dass ein Leben in Frieden, Freiheit und Sicherheit keine Selbstverständlichkeit ist“, heißt es. Nur so könnten sie später „als mündige Staatsbürger verantwortungsbewusst und kompetent am politischen Willensbildungsprozess teilnehmen und die Gesellschaft positiv mitgestalten“. Gerade in der Gegenwart sei dies eine wichtige Aufgabe historisch-politischer Bildung in der Schule, so die Kooperationspartner. nz